

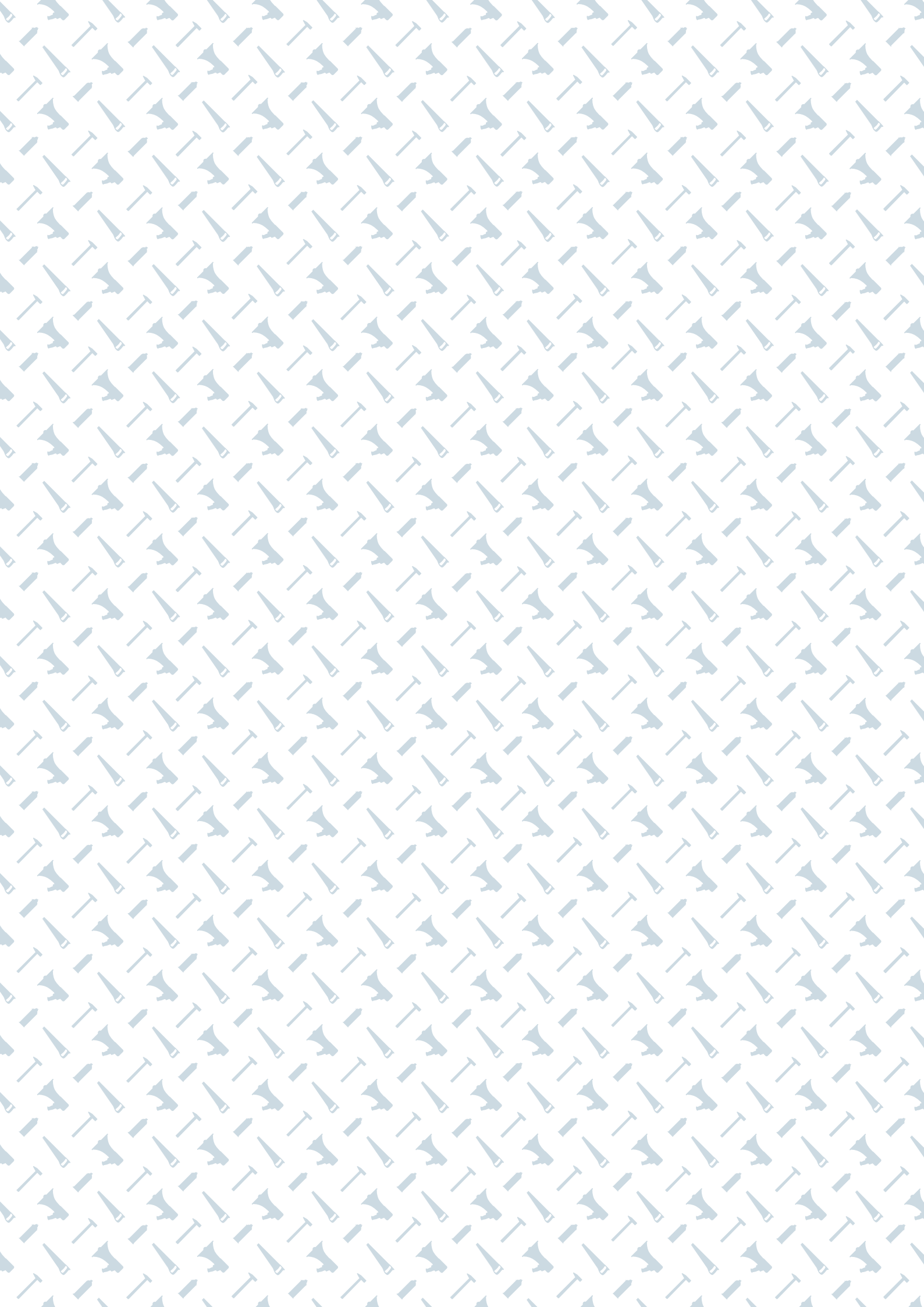


**mach mit,
gestalte dein Berlin.**

Dokumentation



**Runder Tisch Jugend
im Dialog**



Inhalt

1. Vorwort	4
2. Einleitung	6
3. Zusammenfassung der Forderungen der Jugendlichen	8
4. Ergebnisse der einzelnen Veranstaltungen	12
5. Jugendpolitische Schlussfolgerungen durch den Runden Tisch Jugend	38
6. Fazit	40
7. Impressum	42

Vorwort

Eine Stadt wie Berlin lebt von der aktiven Mitwirkung ihrer Bürgerinnen und Bürger. Die Mitbestimmung von Kindern und Jugendlichen ist dabei ein wesentlicher Teil der Gestaltung. Kinder und Jugendliche verfügen über einen eigenen Blick auf ihr Lebensumfeld und die Möglichkeiten seiner Gestaltung. Diese ganz eigene Perspektive stellt einen Wissens- und Erfahrungsschatz dar, auf den unsere Stadt nicht verzichten kann.

Junge Menschen erleben und erlernen in Jugendverbänden, Beteiligungsprojekten oder Jugendinitiativen, wie Mitbestimmung funktioniert. Sie gewinnen einen Einblick in die Komplexität politischen Handelns anhand konkreter Sachverhalte und lernen, ihre Interessen zu artikulieren und zu kommunizieren. Unterschiedliche Sichtweisen auf ein Problem bedürfen der Einübung demokratischer Entscheidungsfindung, um die Vielfalt der Interessen und Perspektiven einbeziehen zu können.

Für politische und zivilgesellschaftliche Entscheidungsträger bleibt es eine Herausforderung, Kinder und Jugendliche in unterschiedlichen sozialen und räumlichen Kontexten einzubinden und zur Mitwirkung anzuregen. Die altersangemessene Beteiligung von Kindern und Jugendlichen stellt besondere Anforderungen an Strukturen, Methoden und Kommunikationsprozesse von Partizipationsprojekten. Im Rahmen des vom Landesjugendring durchgeführten Projekts „Runder Tisch Jugend im Dialog“ haben uns Kinder und Jugendliche Hinweise zu ihren Mitbestimmungswünschen und -möglichkeiten gegeben. Hieraus ergeben sich wertvolle Anregungen, die wir gerne aufgreifen, um die bereits bestehenden Möglichkeiten zu verbessern und künftig noch mehr Kinder und Jugendliche für Mitbestimmung zu begeistern.

Sigrid Klebba
Staatssekretärin für Jugend und Familie

[illegible]

Einleitung

Kinder und Jugendliche haben ein Recht auf Mitbestimmung, dies ist unter anderem in der UN-Kinderrechtskonvention festgehalten. Eine Stadt wie Berlin lebt aber auch davon, dass sich die Bürger für ihre Stadt interessieren und das Interesse haben, sie mitzugestalten. Dies gilt besonders für Kinder und Jugendliche. Beteiligung ist also nicht nur ein Recht, das junge Menschen haben, sondern sie stellt gleichzeitig einen Gewinn für die demokratische Gesellschaft dar.

Kinder und Jugendliche haben oft einen anderen Blick auf ihr Lebensumfeld als Erwachsene. Deswegen darf es nicht nur eine Politik für Kinder und Jugendliche, sondern es muss auch eine Politik von Kindern und Jugendlichen geben. Junge Menschen erwarten wirkliche Mitbestimmungsmöglichkeiten, die auch Wirkungen in der Praxis zeigen.

Mit dem Projekt „Runder Tisch Jugend im Dialog“ hat der Landesjugendring Berlin, in Abstimmung mit dem Runden Tisch Jugend, Jugendlichen über mehrere Monate hinweg die Möglichkeit gegeben, ihre Erwartungen an Mitbestimmungsmöglichkeiten zu formulieren. Dabei standen die Bereiche Schule, Ausbildung und Beruf, Sozialraum, Diversität und gesellschaftlicher Zusammenhalt sowie ePartizipation im Mittelpunkt.

Ziel des Projekts war es, dass Jugendliche sich erfolgreich für ein Mehr an gesellschaftlicher und politischer Beteiligung in wesentlichen Bereichen ihrer Lebenswelt einsetzen.

In den insgesamt 13 Workshops entwickelten 454 Jugendliche ihre Vorschläge und Forderungen an Mitbestimmungsmöglichkeiten. Dabei arbeitete der Landesjugendring Berlin eng mit Jugendverbänden, Einrichtungen der Jugendarbeit, Schulen und mit weiteren Akteuren im Bereich der Jugendhilfe zusammen. Durch die Vielfalt der Kooperationspartner wurden sehr unterschiedliche Zielgruppen erreicht. Die Jugendlichen waren in die Vorbereitung der Workshops einbezogen um sicherzustellen, dass tatsächlich die Themen, die die Jugendlichen interessieren, zur Sprache kommen.

Für die Workshops wurde das Instrument des Strukturierten Dialogs eingesetzt. Das Besondere dabei war, dass die Jugendlichen ihre Vorstellungen nicht allein, sondern gemeinsam mit politischen und gesellschaftlichen Entscheidungsträger_innen erarbeiteten. Dazu zählten Mitglieder des Berliner Abgeordnetenhauses, Bezirksstadträt_innen, Entscheidungsträger_innen aus der Landesverwaltung und Vertreter_innen der Tarifpartner. So wurde die Möglichkeit zur unmittelbaren Umsetzung konkreter Forderungen und Vorschläge geschaffen.

Methodisch gab es eine breite Vielfalt an Ansätzen, die von Zukunftswerkstätten über World-Cafés und Arbeitsgruppen bis zu einem Open-Space reichten.

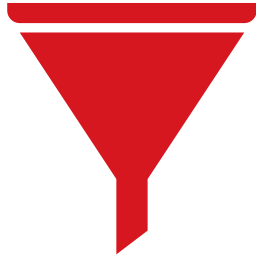
Der Runde Tisch Jugend, an dem Vertreter_innen aus Politik, Verwaltung und Gesellschaft beteiligt sind, hat sich im Januar 2014 mit den Ergebnissen dieser Workshops auseinandergesetzt. Die Teilnehmenden haben die Forderungen der Jugendlichen diskutiert und über Umsetzungsmöglichkeiten beraten. Die Partner am Runde Tisch Jugend haben vereinbart, sich für die Verbesserung der Mitbestimmungsmöglichkeiten in ihren Arbeitszusammenhängen einzusetzen. Gleichzeitig wurden die Ergebnisse der Workshops in den Strukturierten Dialog im Rahmen der EU-Jugendstrategie eingebracht. Die Entscheidungsträger_innen, die an den Workshops mit Jugendlichen teilgenommen haben, nehmen zudem Anregungen und Forderung der jungen Menschen in ihre Tätigkeitsbereiche mit; der Landesjugendring übernimmt Forderungen in seiner jugendpolitischen Arbeit.

Alle Ergebnisse der einzelnen Workshops wurden auf der Projektwebsite www.jugend-dialog.de und auf Facebook vorgestellt. Auch die jugendpolitischen Schlussfolgerungen des Runde Tisches Jugend wurden auf diesem Weg veröffentlicht, sodass die beteiligten Kinder und Jugendlichen erfahren konnten, wie ihre Anregungen und Forderungen aufgegriffen wurden. Zudem wurden sie von den bei den einzelnen Workshops kooperierenden Partnern über den weiteren Projektverlauf informiert.

Zusammenfassung der Forderungen der Jugendlichen

DAS WOLLEN WIR!

- ENTSCHEIDUNGEN ÜBER SCHULSYSTEM
- LEHRPLAN
 - regelmäßige Evaluation des Unterrichts
 - ↳ mit einheitlichen Kriterien
- EINSTELLUNG VON LEHRKRÄFTEN
- MITBESTIMMUNG BEI LEHRPROBEN
- KRITERIEN MIT GESTALTEN → PFLICHT
- GERECHTESCHÜLER / LEHRER STIMMENVER
- TRANSPARENZ (FINANZEN)
- BESTIMMUNG ÜBER GELDER (SENAT)
 - Bessere Abiturienten / Koordination
- DARSTELLUNG FÜR SCHÜLER



Schule

Mitbestimmung in Fragen der Bildungspolitik

- Mitentscheidung bei Reformen des Schulsystems (z. B. G8-G9)
- über Lehrplan mitentscheiden
- Mitbestimmung bei Lehrproben und -prüfungen und bei der Einstellung von Lehrer_innen
- Transparenz der Schulfinanzen (Landes- und Schulebene), für Schüler_innen verständliche Darstellung
- Mitbestimmung über Verwendung von Senatsgeldern für Schulen
- Stimmberechtigte Vertretung von Schüler_innen im Landesschulbeirat
- Diversity Studies sollten fester Bestandteil des Lehramtsstudiums sein

Mitgestaltung des Unterrichts und des Schulalltags

- Mitbestimmung bei Projektwochen und AGs, Klassenfahrten und gemeinsamen außerunterrichtlichen Aktivitäten
- Mitbestimmung bei der Art und Weise der Leistungsdifferenzierung (Binnendifferenzierung oder leistungsdifferenzierte Kurse)
- Mitgestaltung des Stundenplans
- regelmäßige Evaluationen des Unterrichts nach einheitlichen Kriterien, die Schüler_innen mitbestimmen können
- Gründung einer Anti-Mobbing-AG an jeder Schule
- Gründung einer Politik-AG an jeder Schule, die über allgemeine Fragen diskutiert und die Ergebnisse auf einem Weblog präsentiert. Diese werden mit Politiker_innen besprochen und es wird gemeinsam nach Lösungen gesucht
- mehr Gespräche mit Politiker_innen in der Schule (jugendgerechte Formate)
- Schule sollte immer zum gleichen Zeitpunkt beginnen und enden, um ehrenamtliches Engagement außerhalb der Schule nicht zu erschweren.

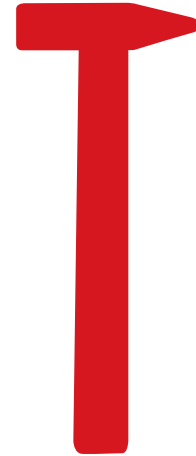
Stärkung der SV-Arbeit

- verbindliche Informationsveranstaltungen zu Mitbestimmungsrechten, u. a. zum Schulgesetz
- Weiterbildungsangebote für Schüler_innenvertretungen während der Schulzeit
- Stimmberechtigung von Schüler_innenvertretungen in Personalausschüssen der Schule
- Mitbestimmungsrecht auf lokaler bis Bundesebene
- ausgeglicheneres Stimmenverhältnis von Lehrkräften und Schüler_innen in der Schulkonferenz und mehr Entscheidungskompetenzen für die Schulkonferenz
- Verbesserung der Vernetzung der Schulen untereinander
- Zusammenarbeit zwischen Bezirksschülerausschuss und Kinder- und Jugendparlament
- Öffnen der SV für alle interessierten Schüler_innen

Mitbestimmung bei den Rahmenbedingungen

- Mitbestimmung bei Auswahl und Preisgestaltung der Caterer für das Mensaessen
- Mitbestimmung bei der Gestaltung des Schulgebäudes und -geländes

Ausbildung und Beruf



Stärkung der Jugendausbildungsvertretungen (JAV)

- mehr Räume und zeitliche Ressourcen für JAV
- Einhaltung der gesetzlichen Freistellungsregelung für JAV
- bestehende Mitbestimmungsstrukturen stärken
- Abschaffung der Altersgrenze bei den Wahlen zur JAV
- Mitbestimmungsrechte der JAV in den Berufsschulen stärken
- Mitbestimmungsrechte für Arbeitnehmer_innen in den Kammern (IHK etc.) stärken

Ansprechpartner_innen im Betrieb und in der Politik für die Belange der Auszubildenden

- mehr Ansprechpartner_innen schaffen

Diversität und gesellschaftlicher Zusammenhalt



Förderung von Selbstorganisation

- Förderung und Stärkung selbstorganisierter Jugendgruppen von Migrant_innen
- Stärkung der Identität und Interessensvertretung von Gehörlosen z. B. durch den Erhalt von Gehörlosenschulen (die meisten Gehörlosen wachsen in hörenden Familien auf; darum sind die Schulen als der häufig erste Kontakt mit anderen Gehörlosen wichtig)

Anerkennung und Förderung von Diversität

- interkulturell geschulte Mitarbeiter_innen in Personalabteilungen
- mehr Lehrkräfte mit Migrationshintergrund
- Vorbilder besser herausstellen
- mehr Anerkennung für Schul- und Hochschulabsolvent_innen mit Migrationshintergrund
- Vielfalt der Gesellschaft muss sich in Entscheidungsgremien widerspiegeln, Betroffenenengruppe muss bei Entscheidungen miteinbezogen werden
- Frühförderung von Inklusion bereits in der Kita
- Partizipationsgesetz für Menschen mit Behinderung (für Menschen mit Migrationshintergrund existiert bereits ein solches Gesetz)
- Förderung der Barrierefreiheit und Vielfalt in kulturellen, sportlichen und Freizeitbereichen
- Gehörlosenschule für Hörende und Gehörlose, Gebärdensprache als Schulfach

Sozialraum

Schaffung von Räumen und Strukturen für die Beteiligung von Jugendlichen (Kiez- bis Landesebene)

- Strukturen für Mitbestimmung schaffen (z. B. offene Kiezzräume, selbstbestimmte Räume für Jugendliche, Kiezdelegierte)
- Partizipationsprojekte für Jugendliche, mehr Partizipationsmöglichkeiten im Quartiersrat
- längere Öffnungszeiten von Jugendklubs
- direkter Zugang von jugendpolitischen Organisationsstrukturen zur Verwaltung
- jede Schule sollte im Kinder- und Jugendparlament vertreten sein



Bessere Informationen und Anerkennung für Jugendliche

- mehr Informationsarbeit zu bestehenden Mitbestimmungsstrukturen (nach SGB VIII)
- mehr Straßensozialarbeit durch Sozialarbeiter_innen mit Migrationshintergrund, um Jugendliche auf Angebote im Bezirk aufmerksam zu machen
- Schulung der Verwaltung in Methoden der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen
- öffentliche Anerkennung jugendlichen Engagements (z. B. Stadtrat, Bezirksbürgermeister_innen)



ePartizipation

Instrumente der ePartizipation ausbauen

- Schaffung einer Plattform, mittels derer Anträge von Jugendlichen auf Bezirks- und Landesebene gestellt werden können
- Kinder- und Jugendparlamente sollten in den sozialen Medien vertreten sein
- Online- und Offlineaktivitäten sollten verbunden werden

Zugänge zu ePartizipation gewährleisten

- Hardwareausstattung in bezirklichen Jugendeinrichtungen verbessern

Allgemein

Kinder- und Jugendbeteiligungsgesetz

- jede Veränderung in Richtung eines Mehrs an Mitbestimmung sollte gesetzlich verankert sein
- Jugendliche wollen Informationen, um sich beteiligen zu können
- wenn es Partizipationsprojekte gibt, müssen die Inhalte in die Politik einfließen
- verbindliche Regelung der Mitbestimmung bei allen jungen Menschen betreffenden Fragen

Ergebnisse der einzelnen Veranstaltungen



13



Erste Veranstaltung:

Schule, Sozialraum

Kooperationspartner:

Bund der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ)

Politischer Entscheidungsträger/Institution:

Dr. Jochen Hucke

(Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt)

Die Veranstaltung fand am 13. April 2013
im Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg statt.

Schule

- 📌 Es sollten verbindliche Informationsveranstaltungen für die Schüler_innenschaft zu ihren Mitbestimmungsrechten im Schulsystem veranstaltet werden.
- 📌 Darüber hinaus sollten Schulungsangebote für die Schüler_innenvertretung geschaffen werden. Von der Schulleitung wird erwartet, dafür Zeit innerhalb der Unterrichtszeit bereitzustellen.
- 📌 Die SV soll ein vereinfachtes, aber effektiveres Mitbestimmungsrecht auf Regional-, Landes- und Bundesebene erhalten und stimmberechtigt in den Personalausschüssen der jeweiligen Schule vertreten sein.

Sozialraum

- ✚ Auf Kiezebene sollen Jugendliche einen Treffpunkt haben, der zum einen für Partizipationsprojekte genutzt wird, aber auch weitere Funktionen hat. An diesem Ort entwickeln sie Ideen und Forderungen, die in einem Kiezentscheid münden sollen. In jedem Kiez werden Kiezdelegierte bestimmt, die auf Bezirksebene agieren.
- ✚ Es sollte ein Kinder- und Jugendbeteiligungsgesetz erarbeitet und umgesetzt werden. In dieser gesetzlichen Regelung sollten eine klare Organisationsstruktur und die Möglichkeiten der Mitbestimmung dergestalt festgelegt werden, dass junge Menschen feste Sitze in Entscheidungsgremien erhalten. So wird eine gewisse Rechtssicherheit hinsichtlich der Beteiligungsaktivitäten geschaffen. Für die Organisation der Tätigkeiten der Jugendlichen sollte ein_e Beauftragte_r bestimmt werden.
- ✚ Die Jugendlichen fordern die Anerkennung jugendlichen Engagements, Mitsprache- und Entscheidungsrecht für Projekte des Sozialraums, die Kinder und Jugendliche betreffen und die Schaffung von leistungsdruckfreien Räumen.
- ✚ Für eine stärkere Beteiligung von Jugendlichen auf dem Land wird Folgendes gefordert: eine stärkere Vernetzung von Jugendlichen zum Thema Partizipation; eine Stärkung der Dorfgemeinschaft bzw. der von Kleinstädten; eine Vertretungsebene zu schaffen, in der Ideen gesammelt werden und in der es möglich ist, aktiv zu sein und die man selbst gestalten kann. Dafür sollte eine Koordination mit festen Ansprechpartnern und -partnerinnen geschaffen werden.

Zweite Veranstaltung:

Ausbildung und Beruf

Kooperationspartner:

Knobelsdorff-Schule – Oberstufenzentrum Bautechnik I

Politische Entscheidungsträgerin/Institution:

Juliane Baumgart

(Industrie- und Handelskammer zu Berlin)

Die Veranstaltung fand am 26. April 2013
im Bezirk Spandau statt.

Finanzielle Rahmenbedingungen

- 🔊 Es sollten Modelle von Sponsoring für die Schulen bzw. einer Public-private-Partnership entwickelt werden, damit insgesamt mehr finanzielle Mittel zur Verbesserung der Ausbildungsgänge in den verschiedenen Gewerken zur Verfügung stehen. Hierfür sollte eine politische Grundlage geschaffen werden.
- 🔊 Arbeiten im Rahmen der vollschulischen Ausbildung sollten in Zusammenarbeit mit Firmen aus Berlin stattfinden, damit die Ausbildung stärker an den Erfordernissen der späteren beruflichen Praxis orientiert ist. Zur Praxisorientierung gehört auch die Möglichkeit, über Workshops und Kooperationen Einblick in andere Gewerke zu bekommen, mit denen die Auszubildenden bald auf Baustellen zusammenarbeiten werden. Dazu wären insgesamt Kooperationen der ausbildenden Schule mit den Betrieben notwendig, um die entsprechenden Rahmenbedingungen zu schaffen.

- 
- ✚ Für die Belange der Auszubildenden sollten über das bisherige Maß hinaus Ansprechpartner_innen im Betrieb oder aus der Politik zur Verfügung stehen.

Stärkung der Mitbestimmung der Auszubildenden

- ✚ Allgemein sollten die Möglichkeiten der Interessenvertretung, also der JAV, gestärkt werden.
- ✚ Für die Arbeit der JAV sollten mehr Räume und zeitliche Ressourcen zur Verfügung stehen.
- ✚ Die Arbeit für die JAV könnte in Form von bezahlten Überstunden abgegolten werden.

Professionalisierung der Ausbildung

- ✚ Meister_innen sollten dauerhaft am Ausbildungsplatz sein und unterstützen.
- ✚ Die Ausbilder_innen sollten regelmäßig in Kursen ihre eigenen Kompetenzen verbessern. Vor allem in Hinblick auf die pädagogischen Befähigungen wurden z. T. eklatante Mängel formuliert.
- ✚ Bei Ausbilder_innen wurde z. T. ein lustloser Umgang mit den Auszubildenden festgestellt. Zudem wurde von sexistischem Verhalten und Mobbing berichtet. Gegen solche Haltungen und Verhaltensweisen gelte es anzugehen. Es wurde die Frage formuliert, wie die Ausbilder_innen besser kontrolliert werden könnten.
- ✚ Theorie und Praxis sollten bei vollschulischen Ausbildungsgängen enger verzahnt werden.
- ✚ Häufiges Fernbleiben der Auszubildenden sollte einerseits sanktioniert werden, andererseits sollten die Auszubildenden besser betreut und bei entstehenden Problemen frühzeitig unterstützt werden.

Unmittelbare Ausbildungsbedingungen verbessern

- Bei den Teilnehmenden bestand der Eindruck, dass vonseiten der Schule v.a. das Interesse bestände, die Jahrgänge mit Auszubildenden zu füllen. Die Teilnehmer_innen plädierten für eine Änderung und Straffung der Aufnahmebedingungen, damit in erster Linie an den Berufen interessierte und motivierte Jugendliche einen Platz fänden. Dabei besteht ein direkter Zusammenhang zu den oben formulierten Verbesserungen der finanziellen Rahmenbedingungen.
- Die Bewerbungsgespräche sollten intensiviert werden. Dazu wäre es notwendig, dass diese sich weniger am Notenspiegel, sondern verstärkt an der gesamten Persönlichkeit und der Motivation der Bewerber_innen orientierten.

Dritte Veranstaltung:

Schule

Kooperationspartner:
Peter-Ustinov-Schule

Politischer Entscheidungsträger/Institution:
Reinhold Reitschuster
(Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft)

Die Veranstaltung fand am 13. Juni 2013
im Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf statt.

Mitbestimmungsrecht bei Entscheidungen über das Schulsystem

- 🔊 Mitgestaltung des Stundenplans
- 🔊 Essensangebot in der Cafeteria
- 🔊 Mitbestimmung bei Klassenfahrten
- 🔊 gemeinsam mit Lehrkräften Entscheidungen treffen
- 🔊 buntere und schönere Klassenräume
- 🔊 Einführung einer Projektwoche, bei der die Schüler_innen das Thema auswählen
- 🔊 Abschaffung der Einteilung in sogenannte E- und G-Kurse, also leistungsdifferenzierte Kurse
- 🔊 mehr AGs und gemeinsame außerschulische Aktivitäten

Vierte Veranstaltung:

Diversität und gesellschaftlicher Zusammenhalt

Kooperationspartner:

JUMA – jung, muslimisch, aktiv (RAA-Berlin)

Politischer Entscheidungsträger/Institution:

Björn Eggert

(jugend- und familienpolitischer Sprecher
der SPD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus)

Die Veranstaltung fand am 18. Juni 2013
im Bezirk Tempelhof-Schöneberg statt.

- 🔊 mehr Aufklärungsarbeit zum Abbau von Vorurteilen
- 🔊 Stärkung von selbst organisierten Jugendgruppen
wie beispielsweise JUMA
- 🔊 mehr positive Beispiele für Integration in die Öffentlichkeit tragen

Fünfte Veranstaltung:

Schule, Ausbildung und Beruf



Kooperationspartner:
DGB-Jugend Berlin-Brandenburg

Politischer Entscheidungsträger/Institution:
Eberhard Podzuweit
(DGB-Jugend Berlin-Brandenburg)

Die Veranstaltung fand am 29. Juni 2013
in der DGB-Jugendbildungsstätte Flecken-Zechlin statt.

Schule

- Jede Veränderung in Richtung eines Mehrs an Mitbestimmung sollte gesetzlich verankert sein – reine Absichtserklärungen und Kann-Regelungen reichen nicht aus.
- Die Besetzung der Schulkonferenzen sollte verändert werden und eine Quote von 50/50 im Schüler_innen-Lehrer_innenverhältnis verankert werden.
- Die Schulkonferenzen müssten mehr Entscheidungskompetenzen erhalten: Bei Fragen des Fächerangebots, der Sicherheit und Ausstattung von Schulen, bei Ausfall von Lehrkräften und Stundenvertretungen sowie in Personalfragen (Einstellung von Lehrkräften und Schulleitung) sollte die Schulkonferenz mitentscheiden können.

- 🔊 Es sollte eine Regelung zur Freistellung von Schüler_innenvertretungen vom Unterricht geschaffen werden.
- 🔊 Schüler_innen sollten im Landesschulbeirat vertreten sein.

Ausbildung und Beruf

- 🔊 Die Altersgrenze des Wahlrechts für die JAV sollte abgeschafft werden, damit ein Wahlrecht für alle Azubis besteht.
- 🔊 Es sollte ein Mitbestimmungsrecht der JAV in den Berufsschulen in Form einer Mitsprache in der SV geschaffen werden.
- 🔊 Ebenso gelte es, die Mitbestimmung über die Rahmenbedingungen von Ausbildungen zu verankern.
- 🔊 Es sollte ein Mitbestimmungsrecht für Arbeitnehmer_innen in den Kammern (IHK etc.) durch eine Novellierung des Berufsbildungsgesetzes geschaffen werden.

Sechste Veranstaltung:

Schule

Kooperationspartner:

Albert-Einstein-Gymnasium

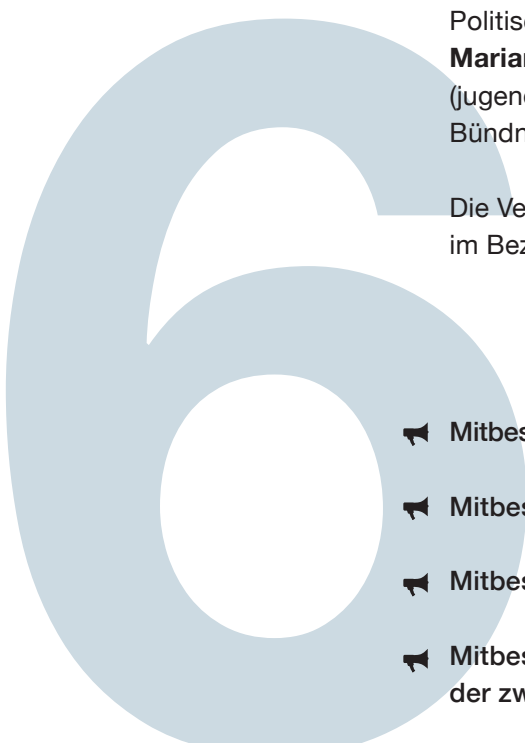
Politische Entscheidungsträgerin/Institution:

Marianne Burkert-Eulitz

(jugendpolitische Sprecherin der Fraktion

Bündnis 90/Die Grünen im Berliner Abgeordnetenhaus)

Die Veranstaltung fand am 8. August 2013
im Bezirk Neukölln statt.

- 
- ✦ Mitbestimmung bei Entscheidungen über das Schulsystem
 - ✦ Mitbestimmung hinsichtlich des Lehrplans
 - ✦ Mitbestimmung bei der Einstellung von Lehrkräften
 - ✦ Mitbestimmung bei den Lehrproben und über das Bestehen der zweiten Staatsexamensprüfungen
 - ✦ Mitgestaltung der Kriterien für die zweite Staatsexamensprüfung
 - ✦ ausgewogenes Schüler_innen-Lehrer_innen-Stimmenverhältnis in der Schulkonferenz
 - ✦ Transparenz der Schul- und Landesfinanzen (Schulen betreffend) und eine für Schüler_innen verständliche Darstellung
 - ✦ Mitbestimmung über Gelder (Senat)
 - ✦ regelmäßige Evaluationen des Unterrichts (mit einheitlichen Kriterien) für die Qualitätsentwicklung und Verbesserung der Kommunikationsstruktur
 - ✦ Pflichtfortbildungen für Lehrkräfte

Siebte Veranstaltung:

Sozialraum

Kooperationspartner:
Haus der Weisheit

Politische Entscheidungsträger_innen/Institution:
Ulrich Davids

(Stadtrat für Jugend, Schule, Sport und
Facility Management im Bezirk Mitte, SPD)

Dr. Eva Högl
(MdB, SPD)

Die Veranstaltung fand am 10. August 2013
im Bezirk Mitte statt.

- 📣 **Partizipationsprojekte für Jugendliche**
- 📣 **mehr Straßensozialarbeit durch Sozialarbeiter_innen mit Migrationshintergrund, um Jugendliche auf Angebote im Bezirk aufmerksam zu machen**
- 📣 **mehr Lehrkräfte mit Migrationshintergrund**
- 📣 **mehr Sportmöglichkeiten für Mädchen und Frauen**
- 📣 **mehr Partizipationsmöglichkeiten im Quartiersrat**

Achte Veranstaltung:

Schule, Sozialraum

Kooperationspartner:
Emmy-Noether-Schule

Politische Entscheidungsträgerin/Institution:
Beate Schneider
(FEZ Berlin, Bildungsreferentin und
Leiterin der U18-Wahl im FEZ Berlin)

Die Veranstaltung fand am 4. September 2013
im Bezirk Treptow-Köpenick statt.

Schule

- ✚ (baulich verursachten) Lärm während der Schulzeit vermeiden, da dies die Konzentration z. B. bei Klassenarbeiten stört
- ✚ Blockunterricht
- ✚ Falls eine große Unzufriedenheit bei den Schüler_innen hinsichtlich der Lehrkräfte existiert, sollten die Schüler_innen die Möglichkeit haben, sich zu beschweren, so dass, falls sich die Beschwerde eindeutig als begründet erweist, die Lehrkraft durch eine andere ersetzt wird.
- ✚ Anti-Mobbing-AG an jeder Schule
- ✚ gesündere Lebensmittel in der Cafeteria
- ✚ kostenloses Mittagessen an der Schule für Schüler_innen, deren Eltern ein geringes Einkommen haben
- ✚ zweite Fremdsprache abschaffen
- ✚ Umwelt-AG einführen

- 🔊 kostenlose Schulbücher
- 🔊 mehr Geld für Schulen und eine gleichberechtigte Verteilung dieser Mittel
- 🔊 Projektstage
- 🔊 Vernetzung mit anderen Schulen
- 🔊 ausgeglichener Schulalltag, d.h., die Schule sollte immer zum gleichen Zeitpunkt beginnen und enden

Sozialraum

- 🔊 Jede Schule sollte mit einer Person in dem Kinder- und Jugendparlament vertreten sein.
- 🔊 Schaffung einer AG an jeder Schule, die politische Forderungen bzw. Lösungen für Probleme entwickelt. Schulinterne Angelegenheiten werden als solche geregelt. Die AG sollte sich mit AGs von anderen Schulen vernetzen und gemeinsame Forderungen entwickeln, die auf einem Weblog veröffentlicht werden. Diese Forderungen werden mit Politiker_innen besprochen und es wird nach gemeinsamen Wegen der Umsetzung gesucht.
- 🔊 Unterstützung durch Erwachsene bei der Organisation von Jugenddemonstrationen
- 🔊 Politiker_innen setzen sich mit Schüler_innen in Verbindung und sprechen mit ihnen. Dies kann auch im Rahmen einer Veranstaltung sein, die Spaß macht und nicht nur eine reine Diskussionsrunde ist.
- 🔊 öffentliche Veranstaltungen für Jugendliche, auf der sich alle Jugendlichen äußern und einbringen können, dies kann z. B. ein Songcontest sein.
- 🔊 kostenlose Ausstellungsmöglichkeiten bzw. Räume für Jugendliche, um ihre Kunstprojekte etc. vorstellen zu können
- 🔊 mehr Mülleimer in der ganzen Stadt Berlin
- 🔊 bessere Infrastruktur des öffentlichen Nahverkehrs und eine höhere Frequenz des S-Bahnverkehrs

Neunte Veranstaltung:

Diversität und gesellschaftlicher Zusammenhalt

Kooperationspartner:

**Jugendnetzwerk Lambda Berlin-Brandenburg,
Jubel³ mit Gebärdensprache**

Politischer Entscheidungsträger/Institution:

Thomas Birk (queerpolitischer Sprecher der Fraktion
Bündnis 90/ Die Grünen im Berliner Abgeordnetenhaus)

Die Veranstaltung fand am 23. Oktober 2013
im Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg statt.

Kita

- ☛ Inklusion bereits in der Kita,
z. B. inklusive Frühförderung und Babysingen
- ☛ Kinder- und Jugendliteratur muss vielfältiger werden.

Schule

- ☛ Gehörlosenschule für Hörende und Gehörlose
- ☛ Gehörlosenschulen müssen erhalten bleiben, u. a. auch,
damit Gehörlose die Möglichkeit haben, einen positiven Bezug
zur Gehörlosigkeit und zur eigenen Identität zu gewinnen.

- ✚ In Regelschulen sollte für kleinere Schulklassen und Teamteachings (Lehrkräfte aus unterschiedliche Schultypen unterrichten gemeinsam) gesorgt werden.
- ✚ Gebärdensprache sollte stärker in der Schule gefördert werden und bereits in der Grundschule ein Schulfach sein.
- ✚ Im Lehramtsstudium sollte Diversity als Inhalt verankert sein.

Gesellschaft

- ✚ Für den Alltag sollten Strukturen geschaffen werden, die Gehörlosen ermöglichen bzw. erleichtern, sich in allen Bereichen zu bewegen.
- ✚ Gebärdensprache und Gebärdensprachkultur schützen und pflegen (auch Deaf Space)
- ✚ Strukturen schaffen, damit in sämtlichen Bildungsbereichen und im Freizeitbereich Vielfalt möglich ist und gelernt wird, damit umzugehen
- ✚ Förderung der Barrierefreiheit in kulturellen, sportlichen und Freizeitbereichen

Politik

- ✚ Vielfalt der Gesellschaft muss sich in den unterschiedlichen Entscheidungsgremien widerspiegeln, unterschiedliche Erfahrungen sollen berücksichtigt werden. Wenn Entscheidungen eine bestimmte Zielgruppe betreffen, muss diese gezielt einbezogen werden: Keine Entscheidungen über die Köpfe Betroffener hinweg.
- ✚ Im Bereich Migration existiert inzwischen ein Partizipationsgesetz, aber für Menschen mit Behinderung gibt es kein vergleichbares Gesetz. Gefordert wird die Erarbeitung und Umsetzung eines solchen Partizipationsgesetzes.

Medizin

- ✚ Der medizinische Bereich soll sich für Vielfalt öffnen.
- ✚ Das medizinische Personal sollte z. B. Eltern aufklären, deren Kind bspw. gehörlos ist, welche Möglichkeiten es gibt, Gebärdensprache zu lernen etc.



Zehnte Veranstaltung:

Schule, Sozialraum

Kooperationspartner:

Evangelische Schule Berlin Zentrum

Politischer Entscheidungsträger/Institution:

Sascha Weber

(Kirchengemeinde Am Lietzensee)

Die Veranstaltung fand am 30. Oktober 2013
im Bezirk Mitte statt.

- 🔊 bessere Finanzierung für Schulen allgemein
- 🔊 Mitbestimmung von Schüler_innen an Lehrplänen
und anderen Vorgaben
- 🔊 Legalisierung von Cannabis als Genussmittel
- 🔊 günstigere BVG-Tarife für alle jungen Menschen,
da diese als Schüler_innen auf den öffentlichen
Nahverkehr angewiesen sind
- 🔊 erheblicher Ausbau und Verbesserung von Fahrradwegen

Elfte Veranstaltung:

ePartizipation

Kooperationspartner:

Wilma-Rudolph-Schule und
Redaktionsteam Weblog jugendhilfe-bewegt-berlin

Politische Entscheidungsträger_innen/Institution:

Andreas Schulz
(Paritätischer Wohlfahrtsverband)

Anne Sauer

(verantwortliche Redakteurin des
Weblogs jugendhilfe-bewegt-berlin)

Die Veranstaltung fand am 12. November 2013
im Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf statt.

- 🔊 Wenn Partizipations-Plattformen entwickelt werden, müssen diese in die Landespolitik einfließen.
- 🔊 Beteiligung muss einfacher werden und auch ohne Beziehungen funktionieren.
- 🔊 Jugendliche wollen Informationen haben, um agieren zu können.
- 🔊 Für unterschiedliche Themen sollen auf Facebook „Likes“ gesammelt werden, um zu ermitteln, ob dafür Interesse besteht.

Zwölfte Veranstaltung:

Diversität und gesellschaftlicher Zusammenhalt, Schule, Sozialraum

Kooperationspartner:

Berliner jugendFORUM der Stiftung wannseeFORUM

Politische Entscheidungsträger_innen/Institution:

Sigrid Klebba

(Staatssekretärin für Jugend und Familie, SPD)

Elfi Jantzen

(Stadträtin für Jugend, Familie, Schule, Sport
und Umwelt im Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf,
Bündnis 90/Die Grünen)

Wolfram Prieß

(MdA, Piratenpartei)

Roman Simon

(jugend- und familienpolitischer Sprecher
der CDU-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus)

Marion Platta

(umweltpolitische Sprecherin der Linksfraktion
im Berliner Abgeordnetenhaus)

Katrin Möller

(jugend- und familienpolitische Sprecherin
der Linksfraktion im Berliner Abgeordnetenhaus)

Dr. Sandra Obermeyer

(Stadträtin für Jugend und Gesundheit
im Bezirk Lichtenberg, parteilos für Die Linke)

Gernot Klemm

(Stadtrat für Jugend und öffentliche Ordnung
im Bezirk Treptow-Köpenick, Die Linke)

Björn Eggert

(jugend- und familienpolitischer Sprecher
der SPD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus)

Die Veranstaltung fand am 30. November 2013
als World Café innerhalb des 13. Berliner jugendFORUMs
im Berliner Abgeordnetenhaus statt.

Verschiedener Glauben und trotzdem gemeinsam engagiert?

In einer Stadt wie Berlin sind sehr viele Religionen vertreten, die unterschiedliche Rituale, Werte und Vorstellungen haben. Auch innerhalb einer Religion gibt es häufig unterschiedliche Ausrichtungen und Interpretationen, d. h., auch innerhalb einer religiösen Gemeinschaft ist nicht alles gleich und homogen. Die Religionen haben viele Gemeinsamkeiten und einige Unterschiede. Dies kann zu Konflikten führen, aber auch zu einer gemeinsamen Stärke. Was würde ermöglichen, dass der Dialog zwischen den Religionen besser wird; wie kann eine Brücke der Kommunikation aussehen?

- 🔊 keine Diskriminierung
- 🔊 Informationen über Gemeinsamkeiten
- 🔊 Warum werden Unterschiede gemacht in der Beurteilung der religiösen Feiertage und Essensvorschriften?

Kinder- und Jugendparlamente – Wie mischen wir die Bezirke auf?

In vier Bezirken Berlins existiert bereits ein Kinder- und Jugendparlament (KJP). Dort werden Beschlüsse gefasst, die auch Einfluss auf die Politik haben. Wie soll eine solche Beteiligung aussehen; welche Rechte sollten die Jugendlichen haben; gibt es andere Möglichkeiten, sich für die gleichen Ziele einzusetzen?

- 📣 **Stellungnahme an die Bezirksverordnetenversammlung (BVV)**
- 📣 **Zusammenarbeit Bezirksschüler_innenausschuss (BSA)**
– Kinder- und Jugendparlament (KJP)
- 📣 **direkter Zugang zur Verwaltung**
- 📣 **Sind Antragsrechte das Wahre?**
- 📣 **Anträge in die Regionalgruppen verlagern oder andere Partizipationsmöglichkeiten (wie bspw. ePartizipation) schaffen**
- 📣 **Sind parlamentarische Beteiligungsstrukturen überhaupt noch zeitgemäß?**

Was kann ich mit meinem Jugendclub bewegen und wie soll er zukünftig aussehen?

Die wenigsten Jugendlichen besuchen einen Jugendclub, häufig ist es eine feste Gruppe, die alle paar Jahre wechselt. Wie wünschst du dir einen Jugendclub, welche Angebote sollte er machen, wie sollte er aussehen? Wie kann mehr Offenheit für „Neue“ in einem Jugendclub entstehen?

- 📣 **Räume innen wieder neu gestalten und dies selbst machen**
= Verantwortung übernehmen, dies kann zur Mitbestimmung der Nutzer_innen führen
- 📣 **Jugendclubs schicken Sprecher_innen**
in das Kinder- und Jugendparlament

außerdem wäre gut:

- andere Öffnungszeiten, Partyräume für abends, Fußballplätze länger – auch am Wochenende – öffnen, Berufsberatung anbieten, Tobe- und Chill-Räume einrichten, Thementage z. B. zu NSA
- Werbung für Jugendklubs in Schulen
- ein fester Tag für Mädchen

Streetwork – Wir sind schon längst da! Ist draußen abhängen auch Beteiligung?

Es gibt viele Orte, an denen Jugendliche ihre Freizeit verbringen. Einer davon ist z. B. der Alex, auf dem täglich Jugendliche zu sehen sind. Ist dies für euch auch eine Form der politischen Beteiligung; was könnte an solchen Orten stattfinden?

- mehr Informationen über Beteiligungsmöglichkeiten von Jugendlichen in Schulen vermitteln
- Räume für Jugendliche (draußen) sichern
- Vorurteile gegenüber Jugendlichen abbauen
- unorganisierte Orte ermöglichen
- „wilde Flächen“ sichern für unorganisierte Orte
- Verwaltung in Beteiligungsmethoden für Kinder und Jugendliche weiterbilden
- Jugendliche sollen mal sie selbst sein und leben dürfen
- Leistungsdruck von Kindheit an: die Verantwortlichen (Politik, Verwaltung, Schule, Eltern) sollten ihre Maßstäbe (Rente, Wettbewerb) überdenken
- Es sollte mehr Möglichkeiten geben, politische Beschlüsse zu kontrollieren.

Mitbestimmung an Schulen – Schüler_innenvertretung und war's das schon?

Die SV ist eine Form der Mitbestimmung an Schulen, die schon lange existiert. Doch es ist nicht immer einfach, Gehör an der Schule zu finden. Bei manchen geht es einfacher, bei anderen wird die SV-Arbeit unterbunden, obwohl das Schulgesetz klare Vorgaben macht. Wie könnte Beteiligung an der Schule aussehen; bei welchen Themen würdet ihr euch gerne mit eurer Meinung einbringen; wie könnte die SV einen größeren Einfluss gewinnen?

- 🔊 mehr Anerkennung der Schüler_innenvertretung
- 🔊 regelmäßige Lehrer_innenevaluation
- 🔊 mehr Freiräume für ehrenamtliches Engagement in der SV
- 🔊 Aufklärung über Schüler_innenrechte
- 🔊 strukturierte SV
- 🔊 Mitglieder der SV nur durch Klassensprecher_innen?
- 🔊 Transparenz vergrößern

Dreizehnte Veranstaltung:

ePartizipation

Kooperationspartner:

**Kinder- und Jugendparlament Charlottenburg-Wilmersdorf,
Robert-Jungk-Oberschule** (deutsch-polnische Europaschule),
Medienkompetenzzentrum Pankow (WeTeK Berlin gGmbH)

Politischer Entscheidungsträger/Institution:

Yannick Haan

(Sprecher des Forums Netzpolitik des Landesverbands der SPD)

Die Veranstaltung fand am 4. Dezember 2013
im Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf statt.

Für e-Partizipation könnten folgende Tools genutzt werden:

- Adhocracy (z. B. ypart.eu)
- Etherpad, um Anträge für die Parlamentsarbeit kollektiv zu schreiben
- interaktive Websites

Die Jugendlichen hatten folgende Ideen bzw. Forderungen:

- ☛ Die Hardware-Ausstattung muss sich in bezirklichen Institutionen, wie z. B. beim Medienkompetenzzentrum in Charlottenburg-Wilmersdorf, verbessern.
- ☛ On- und Offlineaktivitäten sollten verbunden werden.
- ☛ Facebook-Gruppen sollten gegründet werden, um mit anderen Jugendlichen über die eigene Arbeit zu kommunizieren.
- ☛ Es könnten Flashmobs organisiert werden.
- ☛ Soziale Medien könnten stärker für die Öffentlichkeitsarbeit genutzt werden.

Jugendpolitische Schlussfolgerungen durch den Runden Tisch Jugend

Das Land Berlin und der Landesjugendring Berlin haben im „Abkommen für die Jugend“ im September 2009 unter anderem die Einrichtung eines Runden Tisches Jugend vereinbart. Intention dieses Runden Tisches ist es, jugendpolitische Impulse zu geben. Dabei spielen Fragen der Verbesserung von Lebenssituation und Partizipationsmöglichkeiten aller in Berlin lebenden Kinder und Jugendlichen eine herausragende Rolle. Bereiche wie Selbstorganisation und Engagement junger Menschen, Integration, Bildung, Arbeit und Ausbildung, soziale Sicherheit, Kultur und Stadtentwicklung stehen im Mittelpunkt der Aktivitäten des Runden Tisches Jugend. Gleichzeitig versteht er es als seine Aufgabe, das Engagement und die wichtige Rolle, die junge Menschen in der Stadt spielen, deutlich zu machen und für eine jugendfreundliche Stadt zu werben.

Am Runden Tisch Jugend nehmen aufseiten des Landes Berlin die für Jugend zuständige Senatorin sowie je nach Tagesordnung weitere Mitglieder des Senats teil. Der Landesjugendring wird durch seine_n jeweilige_n Vorsitzende_n vertreten. Weitere Beteiligte sind die jugendpolitischen Sprecher_innen der Fraktionen im Abgeordnetenhaus, die Landesvereinigung Kulturelle Jugendbildung, die Drehscheibe Kinder- und Jugendpolitik (Stiftung SPI), die LIGA der freien Wohlfahrtsverbände, ein_e für den Bereich Jugend zuständige_r Bezirksstadträt_in, die Industrie- und Handelskammer Berlin, die Vereinigung der Unternehmensverbände in Berlin und Brandenburg sowie der Deutsche Gewerkschaftsbund Berlin-Brandenburg. Je nach Thema werden unterschiedliche Expert_innen eingeladen. Der Runde Tisch Jugend tagt einmal jährlich.



In der Vergangenheit hat sich der Runde Tisch Jugend mit Fragen der Förderung des ehrenamtlichen Engagements Jugendlicher und der Förderung junger Menschen mit Migrationshintergrund beschäftigt. Für das Jahr 2013 wurde das Thema „Mitbestimmung von Jugendlichen“ in den Fokus genommen.

Der Landesjugendring hat in Abstimmung mit dem Runden Tisch Jugend dazu das Projekt „Runder Tisch Jugend im Dialog“ entwickelt, um junge Menschen stärker in die Debatten um ihre Mitbestimmungsmöglichkeiten einzubeziehen.

Am 31. Januar 2014 hat sich der Runde Tisch Jugend mit den Ergebnissen dieser Workshops auseinandergesetzt. Er hat die Forderungen der Jugendlichen diskutiert und über Umsetzungsmöglichkeiten beraten. Die Partner am Runden Tisch Jugend haben vereinbart, sich für die Verbesserung von Mitbestimmungsmöglichkeiten in ihren Arbeitszusammenhängen einzusetzen. Dazu müssen die konkreten Forderungen der Jugendlichen geprüft werden.

Man war sich einig, dass der Dialog zwischen jungen Menschen und Entscheidungsträger_innen dabei eine wichtige Rolle spielen muss. Im Laufe des Jahres soll es in den unterschiedlichen Feldern zu weiteren Dialogveranstaltungen zwischen Jugendlichen und Entscheidungsträger_innen kommen, bei denen die Ergebnisse des Projekts „Runder Tisch Jugend im Dialog“ diskutiert werden sollen. Gleichzeitig verständigte man sich darauf, dass es notwendig ist, die bereits bestehenden Mitwirkungsmöglichkeiten stärker in die Öffentlichkeit zu tragen.

Fazit

In 13 Veranstaltungen haben die beteiligten Jugendlichen unterschiedlichste politische Forderungen und Änderungswünsche zu Möglichkeiten politischer Partizipation entwickelt. Tenor aller Veranstaltungen war, dass sie vonseiten der Politik als Personen mit ihren Wünschen, Ideen und Vorstellungen respektiert werden möchten. Politiker_innen sollen ihnen nicht nur zuhören, sondern auch die Forderungen Jugendlicher stärker einbeziehen und umsetzen. Häufig wurde durch die jungen Menschen deutlich gemacht, dass sie Mitbestimmung nicht als punktuelles Projekt, gleichsam als „Bonbon“ verstanden wissen wollen, sondern eine gesetzliche Verankerung von Mitbestimmungsmöglichkeiten bei allen sie betreffenden Fragen fordern. Mitbestimmung muss verbindlich geregelt werden und gleichermaßen muss für junge Menschen klar sein, welche Kompetenzen sie im Entscheidungsprozess haben.

Jugendliche fühlen sich häufig nicht gut genug informiert über Partizipationsmöglichkeiten, wie sie beispielsweise das Schulgesetz vorsieht. Gleichzeitig wurde aber auch deutlich, dass auch Erwachsene, wie bspw. Lehrer_innen, Verwaltungsangestellte oder Ausbilder_innen, nicht immer über diese Mitwirkungsrechte informiert sind. Nicht selten berichteten Jugendliche über vorenthaltene Mitbestimmungsrechte, die sie einklagen mussten. Besonders prekär wird dies, wenn gleichzeitig ein Abhängigkeitsverhältnis zwischen Erwachsenen und Jugendlichen besteht und junge Menschen deshalb zögern, Mitbestimmung gegen den Willen Erwachsener einzufordern. Das passiert selbst dann, wenn es einen gesetzlichen Anspruch darauf gibt.

Die teilnehmenden Jugendlichen merkten z. T. selbstkritisch an, dass das eigene Engagement nicht immer besonders groß ist. Als Gründe hierfür wurden unter anderem Schulreformen wie die Einführung von G8 genannt oder auch ein Unterangebot an Politikunterricht oder fehlende Möglichkeiten außerschulischer politischer Bildung.

In der Frage, wie eigene Vorstellungen und Ideen umgesetzt werden könnten, sind Jugendliche auf der Suche nach Unterstützung. In diesem Zusammen-

Eine allgemeine Politikverdrossenheit, wie sie gelegentlich postuliert wird, war in den Veranstaltungen nicht zu spüren.

Vielmehr fordern Jugendliche mehr Möglichkeiten ein, die teils weit über die bisherigen Formen von Mitbestimmung und demokratischer Mitgestaltung hinausgehen.

hang wurden auch immer wieder fehlende Ansprechpartner_innen für Jugendliche und Angebote der Jugendarbeit als Problem benannt.

In den Veranstaltungen diskutierten politische und gesellschaftliche Entscheidungsträger_innen und Jugendliche Möglichkeiten zur Umsetzung der von jugendlicher Seite formulierten Interessen. Der Kontakt und die Diskussionen mit den Entscheidungsträger_innen waren sehr wichtig, da die Jugendlichen so ihre Ideen und Forderungen an konkrete Personen richten konnten. Die Politiker_innen hörten den Jugendlichen aufmerksam zu, respektierten ihre Vorstellungen und nahmen neue Ideen mit.

Solche Dialoge bieten gute Möglichkeiten zum Austausch, sind aber alleine nicht ausreichend. Durch den engen Zeitrahmen der Veranstaltungen konnten die Forderungen und Themen nur angerissen werden; für eine vertiefte Auseinandersetzung fehlte die Zeit. Die Veranstaltungen können als ein Anstoß für weitere Diskussionen gesehen werden und wurden häufig auch so genutzt.

Neben den direkten Konsequenzen, die sich aus einzelnen Workshops im Dialog mit Entscheidungsträger_innen ergeben haben, bemüht sich der Berliner Runde Tisch Jugend um die Umsetzung konkreter Forderungen junger Menschen aus dem Projekt. Zudem nimmt der Landesjugendring die Projektergebnisse in seine jugendpolitische Arbeit auf. Über den Strukturierten Dialog werden die Ergebnisse außerdem in die Weiterentwicklung der EU-Jugendstrategie eingebracht.

Die Beteiligten waren in fast allen Workshops sehr interessiert. Eine allgemeine Politikverdrossenheit, wie sie gelegentlich postuliert wird, war in den Veranstaltungen nicht zu spüren. Vielmehr fordern Jugendliche mehr Möglichkeiten ein, die teils weit über die bisherigen Formen von Mitbestimmung und demokratischer Mitgestaltung hinausgehen. Forderungen nach Elementen direkter Demokratie waren immer wieder ein Thema für die Beteiligten. Dieses Bedürfnis sollte ernst genommen werden.

Impressum

Herausgeber: **Landesjugendring Berlin e.V.**

Homepage: www.ljrberlin.de

Redaktion:

Ingolf Seidel, Birgit Marzinka, Tilmann Weickmann

Lektorat: Barbara Driesen

Layout: Franz Metz

Bilder: Birgit Marzinka, Ingolf Seidel, Amira Tamim, Dario Bartnik

Druck: Flyeralarm

Auflage: Februar 2014, 1.500 Exemplare



Dieses Projekt wurde mit Unterstützung des Jugend-Demokratiefonds des Landes Berlin und der Europäischen Union durch das Programm JUGEND IN AKTION sowie mit Mitteln aus der Lotterie „PS-Sparen und Gewinnen“ der Berliner Sparkasse, ausgereicht durch die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft, finanziert. Der Inhalt dieses Projekts gibt nicht notwendigerweise den Standpunkt der Europäischen Union oder der Nationalagentur Jugend für Europa bzw. der Jugend- und Familienstiftung des Landes Berlin wieder und sie übernehmen dafür keine Haftung.

